

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**NEWSLETTER
ITALIEN**

April-Mai 2018

INTERNATIONAL

- **Kriminalisierung der Seenotrettung und immer stärkere Einbindung der libyschen Küstenwache**

ITALIEN

- **Die Solidarität ist international: Sit In für die Befreiung der „luventa“ in Trapani**
- **Die vorübergehende Schließung des Hotspots auf Lampedusa**
- **Die aktuelle Situation in den italienischen Aufnahmezentren**
- **Die Nordgrenzen: Bardonecchia und Ventimiglia**
- **Berichte und Veröffentlichungen zur Situation von Geflüchteten in Italien**

INTERNATIONAL

Kriminalisierung der Seenotrettung und immer stärkere Einbindung der libyschen Küstenwache

Die Seenotrettungsschiffe „Iuventa“ und „Open Arms“ werden konfisziert, das oberste italienische Gericht verweigert die Herausgabe der „Iuventa“, während der Untersuchungsrichter in Ragusa das Schiff der spanischen Organisation Pro Activa Open Arms wieder freigibt. Währenddessen werden die Seenotrettungs-NGOs bei immer mehr Rettungen von der römischen Seenotrettungsstelle angehalten, auf die so genannte libysche Küstenwache zu warten. Das bedeutet, dass immer mehr Geflüchtete nach Libyen zurückgebracht werden, obwohl ihnen dort nachweisbar unmenschliche Behandlung und Folter drohen. Über Kriminalisierung und Rückführungen nach Libyen lesen Sie [hier](#).

ITALIEN

Die Solidarität ist international: Sit In für die Befreiung der „Iuventa“ in Trapani

Die Freude über die Freilassung des Rettungsschiffes „Open Arms“ hielt nicht lange an, da kam die Hiobsbotschaft aus Rom: das oberste italienische Gericht lehnt den Einspruch des Vereins Jugend Rettet auf die Freigabe des Schiffes IUVENTA ab. Ein jetzt veröffentlichtes Video der [Forensic Oceanography und der Forensic Architecture in London](#) zeigt jedoch klar, dass die Vorwürfe der Beihilfe zur illegalen Einreise gegen die Jugend Rettet nicht haltbar sind.



Aktivist*innen aus mehreren Ländern kamen am [29. April im sizilianischen Trapani zusammen](#), um für die Freilassung des Schiffes zu demonstrieren - denn während das Schiff festgesetzt bleibt, sterben weiterhin Hunderte von Flüchtenden auf See. Die „Iuventa“ hätte helfen können, das Sterben zu verhindern. Doch statt die Seenotrettungsorganisationen zu unterstützen, setzt Europa auf die Zusammenarbeit mit einem nicht existenten, zerrütteten Staat wie Libyen, um die Geflüchteten daran zu hindern, Italien zu erreichen.

Darauf machten die Aktivisten in der Fußgängerzone Trapanis aufmerksam, suchten das Gespräch mit den Passanten und marschierten anschließend bis zum Hafen in Trapani, um die Freilassung der IUVENTA, die Aussetzung des Abkommens zwischen Italien und Libyen und die Entkriminalisierung der Seenotrettung zu fordern.

Zu den Unterstützern des Protestes gehörten auch Besatzungsmitglieder der „Albatros“ – einem Segelboot der französischen Organisation Lounapo, die zurzeit das Mittelmeer durchsegelt, um kollektive Aktionen zu organisieren und auf die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer



aufmerksam zu machen. Erst zwei Tage vor dem Sit in in Trapani kam es zu einem Vernetzungstreffen zwischen dem antirassistischen Forum in Palermo und Lounapo, um über die aktuelle Situation der Seenotrettung und den Fall „Iuventa“ zu diskutieren.

Die vorübergehende Schließung des Hotspots auf Lampedusa

Am 13. März entschied das italienische Innenministerium, den Hotspot auf Lampedusa, geleitet von der Misericordia und dem Roten Kreuz nach einem erneuten [Brand zu schließen](#). Nun, so das Innenministerium, soll er saniert werden. Doch nicht nur der Brand hat den Hotspot erneut in den Mittelpunkt des Interesses gestellt, vor allem die wachsende Zahl der negativen Berichte über die dortigen Zustände lässt aufhorchen. Am 5. Januar 2018 [nahm sich ein junger Tunesier im Zentrum das Leben](#). Am 24. Januar besuchte [der Ombudsmann für Inhaftierte, Mauro Palma](#), den Hotspot und kritisierte die dortigen Zustände stark. Am [6. und 7. März](#) schließlich besuchten Vertreter*innen der Organisationen ASGI (Anwaltsvereinigung), CILD (Italienische Koalition für Freiheit und Bürgerrechte) und IndieWatch den Hotspot und übten ebenfalls harsche Kritik. [Hier lesen Sie weiter](#)

Die aktuelle Situation in den italienischen Aufnahmezentren

Der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission zum neuen EU-Haushalt, den Präsident Jean Claude Juncker am 02. Mai dem Europäischen Parlament vorgelegt hat, sieht vor, [die Mittel für die Verwaltung von Migrant*innen aufzustocken](#). Eine Maßnahme, die gerade für Italien bitter nötig scheint, das seit Jahren vergeblich mehr finanzielle Hilfen von Europa fordert. Der Mangel an Ressourcen schlägt sich im chaotischen Aufnahmesystem Italiens wieder, dessen Aufnahmezentren allzu oft mangelhaft ausgestattet sind. Die Geflüchteten finden sich nicht selten in entlegenen Lagern wieder, [völlig isoliert und zudem unter katastrophalen hygienischen Bedingungen, ohne die Möglichkeit, die Sprache zu lernen](#). Auch der Zugang zu einschlägigen [Beratungsstellen ist mehr als erschwert](#). Und das betrifft allein diejenigen, die einen Platz in einem Aufnahmezentrum bekommen. Steigend ist die Zahl derjenigen, die aus dem

Aufnahmesystem herausfallen und [sehenden Auges auf die Straße geworfen werden, teilweise unmittelbar nach der Ankunft](#).

Zwischen 2016 und 2017 verloren mindestens 22.000 Migrant*innen ihr Recht auf Unterbringung in Aufnahmezentren. Dabei gibt es mehrere teilweise fadenscheinige Gründe, unter denen einem Asylsuchenden [das Recht auf Aufnahme entzogen werden kann](#): dabei reicht es meist schon aus, dem Zentrum „unerlaubterweise“ fern zu bleiben oder gegen die Hausordnung zu verstoßen, die in jedem Zentrum anders ist, und in der nicht selten nebulöse Regeln festgehalten werden: so ist es beispielsweise in Neapel zwingend vorgeschrieben, „die Bräuche und Traditionen der lokalen Gemeinschaft zu respektieren.“

Die Nordgrenzen: Bardonecchia und Ventimiglia

Auch die Nordgrenzen nach Frankreich standen jüngst unter besonderer Aufmerksamkeit. Gerade Ventimiglia, wichtige Durchgangstation insbesondere für Minderjährige, stand in den Schlagzeilen, als vor Ort tätige NGOs die französische Polizei beschuldigten, die [Aussagen unbegleiteter ausländischer Minderjähriger zu fälschen](#), um sie als Erwachsene zu deklarieren und nach Italien zurückbringen zu können. Diese wiederholten „push-backs“ [haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Migrant*innen](#), die gezwungen sind, immer wieder dieselbe Reise zu unternehmen und neue Routen ausfindig zu machen. Hinter allem steht die Frage der Umsetzung der Dublin-Verordnung, die immer wieder auch zu bilateralen Spannungen zwischen Italien und Frankreich führt: „Wir sollten die französischen Diplomaten aus Italien ausweisen“, erklärte Matteo Salvini, der Führer der rechtspopulistischen Lega, nachdem Anfang April französische Beamte einen Nigerianer in die von Rainbow for Africa betriebene medizinische Versorgungsstation am italienischen Grenzbahnhof von Bardonecchia brachten und einen Urintest verlangten, weil sie ihn des

Drogenschmuggels verdächtigten. Salvinis und andere Reaktionen stellen die nationale Souveränität in den Vordergrund und verlagern die Debatte von der willkürlichen Intervention gegen Migrant*innen auf die Einmischung der Franzosen in Italien.

Für großes Medienecho sorgte außerdem ein Zwischenfall an der Grenze zwischen Italien und Frankreich, wenige Kilometer von Bardonecchia entfernt. Eine Gruppe Rechtsextremer, die meisten der französischen Génération Identitaire angehörig, organisierten eine symbolische Blockade, um die Durchreise von Migrant*innen zu verhindern, die dort immer wieder versuchen, über Straßen und Bergpfade die Grenze nach Frankreich zu überwinden. An einer der Passagen des Colle della Scala, etwa zehn Kilometer südlich von Bardonecchia, platzierten die Demonstranten ein großes Banner auf dem Schnee mit der Aufschrift „Closed Border“. Als Reaktion darauf organisierten über hundert Menschen eine Gegendemonstration, bei der es zu [Zusammenstößen zwischen Demonstrant*innen und der Polizei](#) kam. Die Folge der Auseinandersetzungen ist wohl eine weitere Verschärfung der Grenzsituation: „Die Gebirgspässe wurden von rechtsextremen Gruppen und Migrationsbefürwortern in eine Bühne verwandelt, um Provokationen auszulösen. Angesichts dieser inakzeptablen Initiativen werden wir die absolute Durchsetzung der Grenzkontrollen sicherstellen“, [sagte der französische Innenminister Gerard Collomb](#).

Berichte und Veröffentlichungen zur Situation von Geflüchteten in Italien

Auch wenn die Zahl der Ankommenden sinkt, bleibt die Situation der Geflüchteten in Italien prekär. Das unterstreicht unter anderem der [Jahresbericht des Centro Astalli](#), der im April veröffentlicht wurde. Denn Italien ist noch weit davon entfernt, ein [einheitliches Aufnahmesystem mit festgelegten Standards](#) etabliert zu haben. Das Antifolterkomitee des Europarats hat zudem die Überfüllung den

italienischen Flüchtlings-Zentren angeprangert. Die Belegung der sogenannten Hotspots überschreite regelmäßig die offizielle Aufnahmekapazität, heißt es in dem ebenfalls im April erschienenen [Bericht](#), der auf einem Ad-hoc-Besuch des Komitees 2017 in Italien fußt. Außerdem müssten unbegleitete Minderjährige teilweise mehrere Wochen in den Hotspots bleiben, weil in den eigens für sie errichteten Zentren kein Platz sei. Hinzu kommt, dass viele Menschen durch die Inhaftierung in Libyen traumatisiert wurden: ein Viertel derjenigen, die sich an juristische Beratungsstellen gewandt haben, sind [Opfer von Folter und Gewalt und brauchen besondere Rücksichtnahme und Pflege](#). Die katastrophalen Bedingungen und die Gefahren, denen Migrant*innen auf Ihrem Weg nach Europa ausgesetzt sind, bestätigt auch der Bericht [“Desperate Journeys“](#) des UNHCR: „Während die europäischen Staaten die Grenzschutz-Maßnahmen verstärkt haben, unternehmen diejenigen, die internationalen Schutz in Europa suchen, noch gefährlichere Reisen“. Gerade deshalb bleibt es unabdingbar, sichere Passagen für Flüchtlinge schaffen, Opfer von Missbrauch schützen und die Solidarität zu entkriminalisieren. Das sind die Ziele der europäischen Bürgerinitiative [WELCOMING EUROPE](#), die im April von verschiedenen Organisationen im italienischen Senat vorgestellt wurde – am 20. Juni soll die entsprechende Petition anlässlich des Weltflüchtlingstages in [Brüssel eingereicht werden](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.

mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de